

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

39. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wie viele Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz sind seit dem Start der neuen Financial Intelligence Unit am 26. Juni 2017 bis zum Stichtag 30. November 2017 dort eingegangen, und wie ist das quantitative Zwischenergebnis in Bezug auf die Filterung dieser Meldungen aufgeschlüsselt nach Weitergabe an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden, nicht Weiterverfolgung durch Abstandnahme und „in Bearbeitung“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 11. Dezember 2017**

Seit der Arbeitsaufnahme der beim Zoll neu eingerichteten Financial Intelligence Unit (FIU) sind dort bis zum 30. November 2017 insgesamt 29 060 Verdachtsmeldungen eingegangen. Hiervon sind auf der Rechtsgrundlage des § 32 Absatz 2 Satz 1 Geldwäschegesetz (GwG) 4 034 Vorgänge an die jeweils zuständige Strafverfolgungsbehörde zur weiteren Bearbeitung übermittelt worden. In 887 Fällen hat die FIU in eigener Zuständigkeit mangels dortiger Feststellung von Zusammenhängen zu Straftaten nach Maßgabe des § 32 Absatz 2 Satz 1 GwG von einer Sachverhaltsabgabe an eine zuständige Strafverfolgungsbehörde abgesehen; 54 dieser Sachverhalte wurden jedoch entweder an zuständige Landesfinanzbehörden oder die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung in die dortige Zuständigkeit übermittelt.

Jede eingehende Meldung, ob elektronisch erfasst oder nicht, wird unverzüglich erstbewertet und priorisiert. Damit ist sichergestellt, dass kritische Sachverhalte mit Blick auf die Terrorismusfinanzierung erkannt, analysiert und übermittelt werden.

40. Abgeordneter
Otto Fricke
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von den Niederlanden beabsichtigte Abschaffung der Dividendenbesteuerung (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 10. Oktober 2017) im Hinblick auf den Unternehmensstandort Deutschland?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 8. Dezember 2017**

Die Bundesregierung hat von den Diskussionen im Rahmen der Regierungsbildung in den Niederlanden zu den dort in Rede stehenden steuerpolitischen Themen Kenntnis genommen. Über die aus der Tagespresse bekannten Informationen hinaus liegen hierzu keine ins Einzelne gehenden Erkenntnisse vor. Daher ist auch eine Beurteilung hinsichtlich bestimmter Folgen nicht möglich.